

Ausbau der Windkraft in Nottuln

Es gibt eine eindeutige Rechtslage

Zur Berichterstattung über den möglichen Windpark „Nottuln-Stockum“

Ein Brief mehrerer Nottulner mit 13 Fragen an die Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke Münster GmbH spielt zur Zeit in der Debatte um geplante Windkraftanlagen eine Rolle.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben sich noch nicht geäußert, was man als Zeichen von Professionalität und/oder einer gewissen Gelassenheit werten könnte. Anders Bürgermeister Dr. Thönnies: Er liest „persönliche Drohkulissen“ aus Fragen heraus, deutet andere als „Einschüchterungsversuche“, sorgt sich um die ehrenamtlich engagierte Kommunalpolitik (vergisst dabei die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat) und bedient sich eines Tags zuvor [...] einer vermeintlich „roten Linie“, die überschritten sei. Das alles bleibt ohne erkennbaren Bezug auf die Sache. Was genau ist nicht richtig und nicht trag- oder fragbar?

Warum überhaupt diese Aufregung? Es gibt eine eindeutige Rechtslage: Die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat einer GmbH ist eben kein Ehrenamt und Mitglieder haften ggf. persönlich, wenn sie Überwachungs- und Kontrollpflichten schuldhaft verletzen.

Fragen betriebswirtschaft-

licher Art sind und bleiben zulässig, möglicherweise erkenntnisfördernd, vielleicht auch hilfreich.

**Dr. Rolf Gerlach
Nottuln**

Rolle des Bürgermeisters

Zum Bericht „Windkraft: Thönnies schaltet sich ein“ vom 29. 1. 2026

Der Beitrag „Windkraft: Thönnies schaltet sich ein“ wirft grundsätzliche Fragen zur Rolle des Bürgermeisters in dieser Debatte auf. Zu seinen zentralen Aufgaben gehört es, die Interessen der gesamten Bürgerschaft zu vertreten und insbesondere in kontroversen Fragen ausgleichend und moderierend zu wirken. Vor diesem Hintergrund erscheint es problematisch, wenn er sich öffentlich und einseitig zu einem Projekt positioniert, das von einem wirtschaftlich handelnden Unternehmen getragen wird – hier den Stadtwerken Münster.

Der Eindruck einer Teilnahme wird dadurch verstärkt, dass Nottulner Bürgerinnen und Bürger, die sich aus Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes kritisch äußern, in einem Zusammenhang mit unsachlicher Debattenkultur gestellt werden. Das Engagement für den Erhalt von Natur- und Schutzgebieten, insbesondere der Baumberge, ist jedoch

ein legitimes Anliegen und Ausdruck demokratischer Willensbildung.

Wenn sich der Bürgermeister schützend vor die Stadtwerke stellt und Kritiker indirekt delegitimiert, überschreitet dies aus meiner Sicht die Grenze politischer Neutralität. Bürgermeister und Rat sind vielmehr aufgefordert, Entscheidungen auf der Grundlage einer offenen und ergebnisoffenen Abwägung zu treffen – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und unter Berücksichtigung des besonderen Charakters der Baumberge als Natur- und Erholungsraum.

Gerade bei einer so weitreichenden Entscheidung wie der Errichtung eines Windkraftparks in einem schützenswerten Gebiet wäre eine frühzeitige Bürgerbeteiligung sinnvoll gewesen. Dies wurde leider versäumt. Umso nachvollziehbarer ist es, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger nun für den Erhalt ihrer Baumberge einsetzen. Vielleicht ist es an der Zeit, alternative Flächen für Windkraftanlagen zu prüfen, um einen tragfähigen Kompromiss zu ermöglichen.

**Sven Schubert
Nottuln**

► Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, mit der sich die Redaktion nicht immer identifiziert. Diese behält sich Kürzungen vor. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.